

DIE LINKE. THÜRINGEN

Beschluss des Landesvorstandes zur Sitzung am 20.3.2015

Atomwaffen dürfen kein Bombengeschäft sein

Der Landesvorstand beschließt:

Der Landesvorstand DIE LINKE. Thüringen bittet den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen und die Landesregierung ihren Einfluss geltend zu machen, um dafür Sorge zu tragen, dass die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) Investitionen in Nuklearwaffen und Rüstungsgeschäfte unterlässt und Geldanlagen und -geschäfte jeglicher Art in atomaren Massenvernichtungswaffen beendet und zukünftig unterlassen werden.

BEGRÜNDUNG:

„Die NVV-Vertragsstaaten stimmen überein, dass die Verbreitung von Kernwaffen die Gefahr eines Atomkrieges steigert und dass deshalb zum frühestmöglichen Zeitpunkt wirksame Maßnahmen zur nuklearen Abrüstung ergriffen werden müssen. NVV-Artikel VI verpflichtet jede Vertragspartei zur allgemeinen und vollständigen nuklearen Abrüstung beizutragen. Anlass genug, auch den Ausstieg aus der anhaltenden Finanzierung von Atomwaffentechnologien und Atomwaffenherstellern zu fordern. Wenn Deutschland das Ziel „Global Zero“ bei der nuklearen Abrüstungspolitik ausruft, sollten dies konsequenterweise auch deutsche Finanzdienstleister in Bezug auf Finanzdienstleistungen für Hersteller von Nuklearwaffen-Technologien anwenden.“ Die IKV Pax Christi der Internationalen Kampagne für die Abschaffung von Atomwaffen (ICAN) untersuchte in der Studie „Don't Bank On The Bomb“, die Geschäftsbeziehungen von weltweit 298 Finanzinstituten mit 27 Unternehmen, die Atomsprengköpfe und Trägersysteme wie Raketen, Bomber und atomwaffenfähige U-Boote produzieren entwickeln oder warten. Auch acht deutsche Finanzinstitute sind mit insgesamt knapp 7,6 Mrd. € in die Finanzierung von Atomwaffenherstellern verstrickt. Im internationalen Vergleich nimmt Deutschland nach den USA, Großbritannien und Frankreich Platz 4 ein. Die Landesbank Hessen-Thüringen (Helaba) soll mit 179,2 Mio € an diesen Geschäften beteiligt sein. Da Deutschland sich dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt verpflichtet fühlt, müssen diese Investitionen in Nukleartechnologie schnellstens beendet werden.